

der Toleranz und gegenseitigen Hilfe aufzubauen.“

Am Nachmittag besuchte Hu Jintao die Garnison der VBA auf Taipa und traf mit Vertretern der Zentralregierung und der Tochtergesellschaften chinesischer Unternehmen in Macau sowie mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammen. Danach verließ er Macau auf dem Landweg und trat eine Inspektionsreise in der Nachbarprovinz Guangdong an. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 18.-20.12.04; Xinhua, 19., 20.12.04, in BBC PF, 21.12.04; Xinhua, 20.12.04, in BBC PF, 22.12.04; DGB, 20.12.04, in BBC PF, 21.12.04; XNA, 28.6.04, 13., 14., 17., 19., 20.12.04; RMRB, 19.-21.12.04; China Central TV-1, 19.12.04, in BBC PF, 20.12.04; www.chinadaily.com, 21.12.04, Aufruf am 21.12.04; www.atimes.com, 23.12.04, Aufruf am 23.12.04; SCMP, 20.-22.12.04) -ljk-

Taiwan

37 USA weisen Taiwan öffentlich zurecht

Es ist noch nicht lange her, da gab es über taiwanisch-amerikanische Beziehungen selten etwas zu berichten. In Taibei wusste man, was man durfte, und was nicht, und was es an Zusammenarbeit gab, funktionierte still und unauffällig. Unter der Präsidentschaft Chen Shui-bians ließen sich die Beziehungen zur Schutzmacht zunächst gut an, vor allem dank des taiwanfreundlichen US-Präsidenten Bush. Die sonnigen Tage sind jedoch vorbei, seit Chen immer neue Initiativen entwickelt, die Eigenstaatlichkeit Taiwans zu betonen und diese ohne Absprache mit den USA an die Öffentlichkeit bringt. Noch nach seiner Wiederwahl hatte Chen Besserung gelobt. Im März hatte sogar Taiwans Außenminister seinen Hut nehmen müssen, weil er versäumt hatte, die USA angemessen zu informieren. Vor allem die Pläne, Taiwan eine neue Verfassung zu geben, sowie das „defensive Referendum“ vom März 2004 waren in Washington auf Unmut gestoßen.

Im Wahlkampf um den neuen Legislativ Yuan vergaß Chen seine Besserungsabsichten und die früheren Vorkhaltungen der USA nicht nur, sondern überraschte die USA im November mit neuen Initiativen. Unter anderem erklärte er, die Bezeichnung der inoffiziellen Auslandsvertretungen ändern zu wollen, sodass darin nicht mehr von „Taibei“, sondern von „Taiwan“ die Rede sei. Außerdem kündigte er erneut an, eine neue Verfassung vorlegen zu wollen, die Taiwan als unabhängigen Staat definiere, und das Volk darüber abstimmen zu lassen. Ein Sprecher des US-Außenministeriums erinnerte Chen Shui-bian daraufhin an die Zusagen, die er in seiner Antrittsrede im Mai 2000 gemacht hatte: Er werde während seiner Amtszeit „nicht die Unabhängigkeit erklären, den Staatsnamen nicht in Frage stellen [...] und kein Referendum zur Änderung des Status quo im Hinblick auf die Frage Unabhängigkeit oder Wiedervereinigung fördern“, solange die kommunistische Regierung des Festlandes nicht mit militärischer Gewalt gegen Taiwan vorgehe. (Vgl. C.a., 2000/5, S.514) Der Sprecher fügte hinzu, man nehme diese Zusicherung sehr ernst, „besonders im Hinblick auf dieses Plebiszit über eine neue Verfassung“, und er bestätigte, dass die USA eine Unabhängigkeit Taiwans nicht unterstützen. (ST, 1.12.04; TT, 1.12.04) Kurz darauf äußerte sich ein anderer Sprecher des US-Außenministeriums erneut zu einer möglichen Umbenennung der taiwanischen Repräsentanz in Washington: Damit würde sich Taiwans Status quo ändern; dies sei für die Vereinigten Staaten nicht akzeptabel. (TT, 12.12.04)

Ganz dick kam es für Taibei dann am 22. Dezember, als der US-Vizeaußenminister Richard Armitage Taiwan in einem Fernsehinterview als „womöglich die größte Landmine in den amerikanisch-chinesischen Beziehungen“ bezeichnete. Im Übrigen verpflichtete der Taiwan Relations Act – ein Gesetz, in dem die USA ihre inoffiziellen Beziehungen mit Taiwan geregelt haben – die USA nicht zum militärischen Eingreifen, wenn Taiwan vom Festland angegriffen werden sollte. (CNAT, nach BBC PF, 22.12.04)

Der in Washington herrschende Unmut über ständig neue Unruhe, die

Taiwan in das schwierige Dreiecksverhältnis mit Beijing und Washington bringt, ist schon seit längerem offensichtlich. In Reaktion auf die zwischen Friedensbekundungen und Unabhängigkeitsstreben schwankende und damit gefährlich unberechenbar gewordene Politik Taibeis hat sich die Position der USA mittlerweile tendenziell verschoben. Noch 2001 hatte Präsident Bush militärische Unterstützung im Falle eines chinesischen Angriffs definitiv zugesagt und später umfangreiche Rüstungslieferungen angeboten. Im Oktober 2004 dagegen äußerte sich Außenminister Powell in Beijing völlig im Sinne der VR-chinesischen Ein-China-Doktrin: Alle Seiten unterstützten die Wiedervereinigung Chinas, Taiwan sei kein souveräner Staat, und die USA befürworteten keine taiwanischen Unabhängigkeitsbestrebungen. (TT, 5.11.04)

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Irakkonflikts ist es offensichtlich, dass Washington die seit Herbst 2003 von Taibei ausgehende politische Unruhe höchst ungelegen kommt. Es drängt sich der Verdacht auf, dass Chen Shui-bian und die DPP-Regierung die Tatsache bewusst ausnutzen wollen, dass die Aufmerksamkeit der USA derzeit ganz auf den mittleren Osten und die Terrorbekämpfung gerichtet ist. Das könnte sich jedoch als leichtfertiger Irrtum erweisen, denn die USA können sich gerade in dieser Situation Probleme mit China weniger leisten als bisher – zumal das Taiwanproblem nicht das einzige im amerikanisch-chinesischen Verhältnis ist. Noch gibt es in Washington viele auch maßgebliche Stimmen, die Taiwans Sache große Sympathie entgegenbringen. Die sprunghafte Politik Chen Shui-bians und seiner Regierung bringt diese Taiwansympathisanten jedoch immer wieder in Erklärungsnotstand, und je mehr Taibei das Wohlwollen seiner Sympathisanten strapaziert, umso weniger werden diese bereit sein, sich für Taiwans Sache einzusetzen. -hws-

38 Wichtiger Schritt zur Aufklärung des Attentats vom März

Mitte Dezember konnte die Polizei einen wichtigen, vielleicht entscheidenden Erfolg beim Versuch verbu-

chen, das Attentat auf den Präsidenten und die Vizepräsidentin am Vortag der Präsidentschaftswahl vom März 2004 aufzuklären. Es gelang die Festnahme eines Mannes, der in einer illegalen Werkstatt Munition bastelte und dort auch jene Kugeln hergestellt hatte, die bei den Schüssen verwendet wurden. Der Mann lebt in Tainan, wo auch der Anschlag stattfand. Er hatte dort seit Anfang 2003 40 Pistolen und 1.000 Schuss Munition angefertigt und an Interessenten verkauft. In das Attentat selbst ist der Mann offenbar jedoch nicht unmittelbar verwickelt.

Die Polizei feierte die Festnahme als größeren Durchbruch. Experten hatten zuvor kaum damit gerechnet, den Fall aufzuklären zu können, wenn nicht irgendein glücklicher Zufall zu Hilfe käme, denn die Schüsse auf die beiden Politiker waren nicht sofort bemerkt worden, und auf Videoaufzeichnungen und Fotos war der Vorfall nicht zu erkennen. Selbst der Tatort konnte nicht mehr exakt bestimmt werden. Mögliche wichtige Spuren gingen verloren.

Die Polizei versucht jetzt festzustellen, welche Kunden der Pistolenbastler hatte. Unter ihnen müsste auch der Attentäter sein. (SCMP, 13.12.04; TT, 14.12.04; ST, 18.12.04)

Eine Aufklärung des Falls wäre auch im Hinblick auf Taiwans innenpolitische Situation wichtig. Nach wie vor grassieren Verschwörungstheorien, die vor allem von Anhängern der Opposition am Leben gehalten werden. Demnach habe der Präsident das Attentat selbst arrangiert, um bei den Wählern einen Mitleidseffekt zu bewirken und so seine Chancen auf Wiederwahl zu verbessern. Sein geringer Stimmenvorsprung sei, so diese These, einzig diesen Schüssen zu verdanken.

Die Aufdeckung der illegalen Waffenschmiede stützt nun die Vermutung, die bereits zuvor als die wahrscheinlichste gelten konnte: Hinter dem Attentat stecken keine professionellen Kreise und auch keine Politmafia irgendwelcher Couleur, denn die hätte Besseres zur Verfügung gehabt als selbstgebastelte Munition ohne rechte Durchschlagskraft. Mehr als zuvor sieht alles danach aus, dass der Anschlag von einem geistig verwirrten, möglicherweise durch KMT-Propaganda aufgehetzten Einzeltäter verübt wurde. -hws-

39 Wahlanfechtung und Untersuchungsausschuss: Opposition unterliegt vor Gericht

Nachdem die Oppositionsführer und unterlegenen Präsidentschafts- bzw. Vizepräsidentschaftskandidaten Lien Chan (Lian Zhan, KMT) und James Soong (Song Chuyu, PFP) im November mit ihrem Versuch gescheitert waren, das Ergebnis der Präsidentschaftswahl gerichtlich für ungültig erklären zu lassen (vgl. C.a., 2004/11, Ü 40), wurde im Dezember nun auch ihre zweite Anfechtungsklage, die auf Ungültigerklärung der ganzen Wahl lautete, vom Gericht abschlägig beschieden. Es seien keine schlüssigen Beweise für systematischen Wahlbetrug vorgebracht worden, befanden die Richter. Im Zuge der Beweisaufnahme waren über 1.000 Zeugen gehört worden.

Wie schon bei ihrer letzten Niederlage reagierte die Opposition mit Justizschelte: Das Urteil sei ungerecht und zeige, dass die taiwanische Justiz nicht unabhängig sei. Ein KMT-Sprecher erklärte, das Urteil sei keineswegs akzeptabel. Das fanden offenbar auch gewaltbereite Anhänger der Opposition, die von 200 Polizisten gehindert werden mussten, das Gerichtsgebäude zu stürmen.

Nach der Klageabweisung vom November sind die Kläger in die Berufung gegangen. Auch für das neuere Urteil wurde die Revision zugelassen, und es ist damit zu rechnen, dass die Opposition diese Möglichkeit ebenfalls nutzt. Ehe die Sache abgeschlossen werden kann, werden also noch etliche weitere Monate vergehen. Die Aussichten, mit den Anträgen bei höherer Instanz doch noch durchzudringen, liegen allerdings nahe Null.

Im Dezember musste die Opposition noch eine zweite juristische Schlappe hinnehmen: Es ging um eine Art parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Attentat auf den Präsidenten und die Vizepräsidentin vom März 2004. Die Opposition hatte hierzu ein eigenes Gesetz durchs Parlament gebracht. Die Regierungspartei, obwohl einem solchen Ausschuss keinesfalls abgeneigt, hatte dem Gesetz ihre Zustimmung verweigert, da es gegen Prinzipien der Verfassung verstoße. Ebendies befand nun auch das Gericht. Allerdings wurde dem Antrag, den die Opposition eingebracht

hatte, nur teilweise stattgegeben. Der Ausschuss könne weiter arbeiten, so die Richter, dürfe aber nicht alle die Vollmachten in Anspruch nehmen, die das Sondergesetz ihm zumessen wolle. Tatsächlich hatte das Parlament den Ausschuss mit einer schon diktatorisch zu nennenden Machtfülle ausgestattet, die rechtsstaatlichen Grundsätzen Hohn sprach. So waren alle Personen dem Ausschuss nach dessen Gutdünken zur Aussage verpflichtet; im Falle einer Weigerung drohten exorbitante Zwangsgelder. Der Ausschuss konnte jeden, den er wollte, mit einem Reiseverbot belegen, auch den Präsidenten. Er konnte Staatsanwälte nach Belieben requirieren und damit von ihrer eigentlichen Tätigkeit abbringen, und er konnte sie zur Anklageerhebung gegen jede Person verpflichten, die der Ausschuss verdächtigte; das Gerichtsverfahren gegen einen solchen Verdächtigten musste gleich bei der Revisionsinstanz erfolgen, und wenn das Urteil nicht zur Zufriedenheit des Ausschusses ausfiel, konnte er eine Wiederholung des Verfahrens verlangen, auch wenn keine neuen Beweismittel vorlagen. Außerdem unterstand der Ausschuss niemandes Kontrolle, auch nicht der des Parlaments. Alle diese und einige weitere Bestimmungen wurden als verfassungswidrig erkannt. (CNAT, nach BBC PF, 15.12.04; TT, 16.12.04)

Der Sonderausschuss veröffentlichte am Tag nach der Urteilsverkündung eine Erklärung, in der er dem Gericht im Prinzip das Gleiche vorwarf, was das Gericht in Bezug auf den Ausschuss festgestellt hatte: Missachtung der Gewaltenteilung, Heraufbeschwören einer Verfassungskrise und Kompetenzüberschreitung. (CNAT, nach BBC PF, 16.12.04)

Die Machtfülle, mit der die Oppositionsparteien KMT und PFP dank der Mehrheit ihrer Parlamentsmandate den Sonderausschuss ausstattete, sowie ihrer Weigerung, Gerichtsurteile zu akzeptieren, lässt einmal mehr erkennen, dass die Vorsitzenden dieser Parteien sowie ein Großteil ihrer Mitglieder und Parlamentarier im Zeitalter von Demokratie und Rechtsstaat noch nicht recht angekommen sind, vielmehr den Funktionsweisen der verflossenen Diktatur verhaftet bleiben. Die Vorstellung, das Attentat sei zum Schaden der Oppositionskandidaten

inszeniert worden, hat sich in ihren Köpfen wie eine Obsession festgesetzt. Der Sonderausschuss mit dem schönen Titel „Kommission zur Untersuchung der Wahrheit über den 19. März“ hätte mit seinen Vollmachten die polizeilichen und staatsanwaltlichen Untersuchungen zur Aufklärung des Attentats nach Belieben behindern und die Justiz lahm legen können. Konsequenterweise ging der Ausschuss auch schon gegen die Regierung vor: Anfang Dezember belegte sie den Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, den Justizminister und den Minister des Inneren mit jeweils 300.000 NT\$ (ca. 8.000 Euro) Zwangsgeld, da diese angeforderte Dokumente nicht übergeben hatten. (CNAT, nach BBC PF, 6.12.04)

Der Justizapparat galt bis vor wenigen Jahren ebenfalls als stark der vor-demokratischen Vergangenheit verhaftet. Dass sich auch die obersten Richter heute mehr den Rechtsgrundsätzen und der Verfassung verpflichtet fühlen als den politischen Autoritäten von einst, zeigt, wie weit Taiwan auf dem Weg zu Demokratie und Rechtsstaat fortgeschritten ist – und wie viel die alte Politikergarde noch aufzuholen hätte, wenn sie es denn anstrebte. -hws-

40 Wiederaufnahme des Flugverkehrs nach Südkorea

Seit dem 1. Dezember gibt es nach zwölf Jahren Pause wieder direkte Linienflüge zwischen Südkorea und Taiwan. Der beiderseitige Flugverkehr war 1992 eingestellt worden, als Südkorea diplomatische Beziehungen mit Beijing aufnahm. Allerdings hatte es auch danach noch Charterflüge gegeben. Nachdem taiwanische Fluggesellschaften ohnehin Länder anfliegen, die Taiwan nicht offiziell anerkannt haben, war eine Wiederaufnahme der Luftverkehrskontakte mit Seoul lange erwartet worden. Sie wird Taiwans Position in Ostasien stärken, da Geschäftskontakte zwischen den beiden Industrienationen wesentlich erleichtert werden. Auch der beiderseitige Fremdenverkehr wird profitieren. Bis 1992 war die Route Taipei-Seoul eine der verkehrsreichsten in Fernost. (CNAT, nach BBC EF, 1.12.04) -hws-

41 Wirtschaftsministerin besucht Deutschland

Mitte Dezember stattete Taiwans Wirtschaftsministerin Ho Mei-yue (He Meiyue) Deutschland einen neun-tägigen Besuch ab, bei dem es besonders um die Förderung der Zusammenarbeit in den Bereichen Biotechnik, Optoelektronik, erneuerbare Energien und Informationstechnik ging und für Taiwan als Investitionsstandort geworben wurde. Die „Taipeh-Vertretung“ in Deutschland veranstaltete in Berlin zu dem Zweck ein hochkarätiges Wirtschaftsseminar.

In Berlin traf Ho auch mit führenden deutschen Politikern zusammen, darunter Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, Verkehrsminister Manfred Stolpe und die parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium Margareta Wolf. Außerdem besuchte Ho etliche Firmen, die Investitionsvorhaben in Taiwan planen.

Seit ihrem Amtsantritt im Mai 2004 war die Reise die erste der neuen Wirtschaftsministerin, die sie nach Europa führte. Der relativ lange Aufenthalt in Deutschland dokumentiert den hohen Stellenwert, den Deutschland in Taiwans Außenwirtschafts- und Technologiepolitik einnimmt. Auch dank der hochrangigen politischen Gespräche, die Ho in Berlin führen konnte, durfte sie den Aufenthalt als Erfolg werten. (CNAT, nach BBC EF, 16.12., 19.12.04) -hws-

42 Taiwans Abhängigkeit vom Chinahandel nimmt weiter zu

Der taiwanische Chinahandel wächst weiter rapide – und damit auch die Abhängigkeit Taiwans vom Festlandsmarkt. In den ersten neun Monaten des Jahres 2004 gingen 25,9% von Taiwans Ausfuhren dorthin; nimmt man Hongkong und Macau hinzu, waren es sogar 37%. Elektrische und elektronische Produkte taiwanischer Fertigung sind auf der anderen Seite der Taiwan-Straße besonders stark gefragt; sie machen bereits 40% der Gesamtausfuhr dieser Branchen aus. Dagegen gingen Textil- und Chemieexporte aufs Festland in den letzten Jahren zurück.

Auch die Einfuhren vom Festland steigen. Sie erreichten in der ersten drei

Quartalen 2004 9,7% aller taiwanischen Importe.

Die Zahlen unterstreichen die wachsende ökonomische Verflechtung im großchinesischen Raum, sind für nationaltaiwanische Kreise allerdings auch Grund zur Sorge. Eine vielfach befürchtete industrielle Auszehrung des Landes durch Abwanderung der Industrien aufs Festland bestätigt die Entwicklung bislang nicht. (CNAT, nach BBC EF, 22.12.04) -hws-

43 Höchster Wolkenkratzer der Welt in Taibei eingeweiht

Am Silvestertag wurde in Taibei das derzeit welthöchste Gebäude eingeweiht. Nach seinem Standort und der Zahl seiner Stockwerke trägt es den Namen „Taibei 101“. Der 508 m hohe Koloss entthront den bisherigen Rekordhalter, die Petronas Towers in Kuala Lumpur. Wie stets bei solchen Dimensionen geht es immer auch ums Prestige. „Taibei 101“ ist nämlich keinesfalls die rationellste Bauform, wie sie an einem Ort mit extremen Bodenpreisen denkbar wäre, sondern ein Solitär inmitten eines Meeres von Gebäuden, die meist gerade einmal ein Zehntel so hoch sind.

Zudem steht der Bau in einem stark von Erdbeben und Taifunen gefährdeten Gebiet. Für seine Stabilität musste daher ein besonders hoher Aufwand betrieben werden. Unter anderem soll eine schwere Stahlkugel, die im Inneren unterhalb der Spitze aufgehängt wurde, als Schwingungsdämpfer fungieren – ein technisches Novum im Hochhausbau. Für den Transport auf die oberen Stockwerke sorgen die derzeit schnellsten Lifte der Welt. (ST, 18.12.04; SCMP, 31.12.04)

Ob es genügend Firmen geben wird, die bereit sind, die hohen Mieten zu zahlen, die der Turm erfordert, wird abzuwarten sein. Hohe weltweite Aufmerksamkeit hat das Bauwerk allerdings erregt und insofern seinen Zweck bereits erfüllt, die Leistungskraft und globale Bedeutung Taiwans und speziell des Standorts Taibei vor Augen zu führen. -hws-